

wir als einen bedeutenden Schritt auf dem richtigen Weg bezeichnen. Dort haben wir aufeinander gehört. Gewiß, es wurde uns klar, daß wir noch besser jeweils die Sprache des andern sprechen lernen müssen. Aber die Bereitschaft, voneinander zu lernen, war vorhanden.

Die Verwirrung darf nicht durch unzulänglich begründete Neuerungen oder unausgereifte Experimente vergrößert werden. Seid auch nicht voreilig in der Verurteilung jener, die ehrlich nach neuen zeitgemäßen Formen suchen, in denen der Glaube sinnvoll gelebt werden kann.

Der Schatz des Glaubens ist kein totes Kapital, das wir unversehrt bewahren können, indem wir es — nicht einmal in einer umgebauten Kirche — vergraben. Mit anderen Worten: der Glaube ist vor allem eine Haltung, die

gehegt werden muß, ein Wagnis, das Mut erfordert; Glaube ist aber auch ein Angebot, das glücklich und frei macht. Es bedeutet ein Wagnis, es hinzunehmen, daß überall, wo Gott seinen Heiligen Geist aussendet, sich eine Neuschöpfung und Erneuerung vollzieht, die uns nottut.

Vor allem gilt, was der heilige Paulus an die Epheser schrieb: „So ermahne ich euch denn . . ., wandelt würdig der Berufung, die an euch ergangen ist, in aller Demut und Sanftmut, in Langmut, einander in Liebe ertragend, eifrig bemüht, die Einheit des Geistes zu bewahren durch das Band des Friedens. Ein Leib und ein Geist, wie ihr auch bei eurer Berufung zu einer Hoffnung berufen worden seid. Ein Herr, ein Glaube, eine Taufe, ein Gott und Vater aller, der da ist über allen und durch alle und in allen“ (Eph. 4, 1—6).

Problembereiche zum Zeitgeschehen

Zu den Studentenunruhen in der Bundesrepublik

Zwar spielten auch in früheren Jahren immer wieder Studenten eine nicht unwesentliche Rolle im innerpolitischen Leben verschiedener Länder, doch scheint die augenblicklich weltweite Erscheinung studentischen Protestes etwas Neues darzustellen. Nähere Untersuchung der Vorgänge in den einzelnen Ländern macht bald deutlich, daß — wohl teilweise in Nachahmung der erfolgreichen Aktionen anderswo — die Methoden studentischen Protestes häufig übereinstimmen, während Ursprung und Ziele der Bewegung recht unterschiedlich sind. Ein antiquiertes Hochschulsystem war der eigentliche Angriffspunkt in Deutschland, Italien, Spanien und England, apolitisches Universitätsleben angesichts der Rassendiskriminierung und des Vietnamkrieges lösten die Unruhen an den amerikanischen Universitäten aus, nationale Probleme standen in Japan und Belgien im Vordergrund, und in Äthiopien gar dreht sich alles um den Minirock. Solange es sich nur um die Studenten in westlichen Ländern handelte, glaubte man vieles mit Übersättigung, Wohlstandslangeweile oder gar kommunistischer Unterwanderung erklären zu können; die Ereignisse von Warschau und Prag geben dem ganzen Phänomen eine neue Seite. „Le Monde“ (8. 3. 68) stellt die Frage, ob es sich um die „Geburt einer sozialen Bewegung, einer studentischen Bewegung“ handle, ähnlich der der organisierten Arbeiterschaft. Die „International Herald Tribune“ (27. 1. 68) glaubt im gesamten Protest *ein* entscheidendes Thema zu sehen: „Die Studenten wollen Verantwortung, Selbstbewußtsein, die Chance, für sich selbst Entscheidungen zu fällen. Was anders, so fragen sie, ist das Ziel der Erziehung?“ „Freiheit“ und „Demokratie“ sind Schlagworte in Ost und West geworden, doch bedeutet dies weder eine Annäherung noch eine Schizophrenie, wie sie in der von vielen Publizisten aufgegriffenen Vereinfachung zum Ausdruck kommt, „die westlichen Studenten strebten östliche Verhältnisse gerade zu dem Zeitpunkt an, da es östlichen Studenten um westliche Lebensmöglichkeiten gehe“. Es ist zwar interessant, daß revolutionäre Studenten in der Bundesrepublik, in Italien und Frankreich Mao sowie marxistische Theoretiker und Praktiker als Idole herausstellen, während man sich in Polen und der ČSSR auf nationale Freiheitskämpfer besinnt, doch

sollte man mit diesem Hinweis und entsprechender Wertung nicht von den Ursachen und Anliegen westlicher Protestaktionen abzulenken versuchen.

Die Vorstufen des Protests

Das, was in der Bundesrepublik nach dem 2. Juni 1967, dem Tod des Studenten Benno Ohnesorg anlässlich des Schah-Besuchs in Westberlin, plötzlich an studentischen Aktionen in großem Umfang in Erscheinung trat, war durchaus schon früher in Gang gekommen. Auch die immer wieder als Vorbild angesehenen Demonstrationen der Studenten der Universität Berkeley/USA ab September 1964 waren nicht der eigentliche Anlaß für westdeutsche Aktivitäten, sondern mehr ein neuer Anstoß — verbunden mit nützlichen Hinweisen auf die Art und Weise, wie man künftig Wünsche und Vorschläge „wirkungsvoller“ durchsetzen könne. Die inzwischen fast vergessene ursprüngliche Kritik der Studentenschaft an der gesamten Hochschulstruktur sowie am Bildungswesen stand schon jahrelang im Vordergrund der Diskussion und fand bereits 1961 in der SDS-Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“, in „Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen“ und 1962 in einem Gutachten des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ (VDS) seinen Niederschlag. Auch die anerkanntswerten Bestrebungen der Aktionen „1. Juli“ und „Student aufs Land“ gegen den Bildungsnotstand, die übrigens 1965 aus einem Arbeitskreis in der Katholischen Studentengemeinde (KSG) in Freiburg hervorgingen und konkrete Hilfe darstellten, zogen viele Studenten auf die Straßen, fanden jedoch nie das Echo in der Bevölkerung wie die Ausschreitungen der letzten Zeit und wurden außerdem leider vielfach einseitig zur Propaganda gegen die bundesrepublikanische Struktur umgestülpt und von radikalen Forderungen übertönt. Das nun plötzlich offensichtliche Bemühen vieler verantwortlicher Stellen um Reformen im Hochschulbereich gibt nachträglich allerdings vielen recht, die behaupteten, Resolutionen, Vorschläge und Diskussionen führten zu nichts — man müsse sich mit Provokationen und massivem Druck Gehör verschaffen.

In Berlin hatte sich bereits seit 1963 ein Wandel im sonst so unpolitischen studentischen Leben angekündigt, als der damalige Vorsitzende des „Allgemeinen Studentenausschusses“ (ASTA) wegen seiner Zugehörigkeit zu einer schlagenden Verbindung abgewählt wurde mit der Begründung: „Zwischen den Bildungsvorstellungen der Korporierten und dem, was die Universität ist und sein will, klafft ein unlösbarer Widerspruch.“ Bis dahin war fast überall nur eine geringe Beteiligung bei den Wahlen zum Studentenparlament zu verzeichnen, bei denen die zahlenmäßig ohnehin kleinen politischen Gruppen nur eine geringe Rolle spielten, während Korporationen für die meist unpolitische Arbeit im ASTA (Bemühungen um besseres Mensaessen, Theaterkarten, Verbilligungen usw.) die meisten Kandidaten stellten. An der Berliner Freien Universität, wo sich wegen der besonderen Situation der Stadt u. a. Flüchtlinge aus der DDR und Wehr- sowie Wehrersatzunwillige aus der Bundesrepublik trafen, begannen die größeren Aktivitäten der politischen Hochschulgruppen, die inzwischen nicht nur in Berlin das Bild bestimmen.

Die gesellschaftlich-politischen Faktoren

Unter Führung des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) hat die Bewegung Ausmaße angenommen, die man vor einiger Zeit noch für unmöglich gehalten hätte. Aufgeschreckt durch dieses neue Gesicht der akademischen Jugend, beginnt man nach den Motiven und Ursachen des Protestes zu suchen. Sicherlich bewahrheitet sich augenblicklich wieder einmal, daß Studenten naturgemäß ein revolutionäres Element darstellen, „ein labiles Instrument, das künstlich jugendlich gehalten wird“. Wegen ihres ungesicherten sozialen Status sind sie besonders anfällig für alle Demonstrationen, durch deren Teilnahme sie ein Gefühl der Macht und der moralischen Rechtfertigung erlangen. Nicht Armut treibt sie dazu, sondern die allzu lange Abhängigkeit, das Zwitterdasein zwischen Jugendlichen und Erwachsenen. Noch ist ihnen keine eindeutige Rolle zugeteilt worden, ja noch ist so vieles in bezug auf den späteren Beruf vollkommen ungewiß. Man hat sie zur Kritik erzogen, und deshalb stellen sie zunächst einmal alles in Frage. Wie bei fast allen großen sozialen Bewegungen stammen die Führer meistens aus den Schichten, gegen die sie sich wenden. Unzufriedenheit mit Prüfungssystemen, dem eigenen Studiengang oder gar Abbruch eines Studiums führen zu Verbitterung und manchmal unreflektierter politischer Betätigung. Auswirkungen der „sexuellen Revolution“ können ebenso angeführt werden wie das Fehlen eigener Erfahrung von Not und Krieg. Das Generationenproblem spielte schon immer eine Rolle und ist nicht typisch für den studentischen Bereich. Wenn alles dies, was übrigens nicht auf Deutschland beschränkt ist, jetzt so offen zum Ausbruch kommt, so muß es noch andere Gründe dafür geben. Es ist kein Zufall, daß plötzlich Trotzki zu neuen Ehren kommt: „Mehr als andere wünscht der Moralist, die Geschichte möge ihn samt seinen Büchlein, kleinen Zeitschriften, Abonnements, seinem gesunden Menschenverstand und seinen moralischen Schreibheften in Ruhe lassen. Aber die Geschichte läßt ihn nicht in Ruhe. Sie pufft ihn bald von links und bald von rechts“ (Leo D. Trotzki, Ihre Moral und unsere, Voltaire Verlag, Berlin 1967). Die seit einiger Zeit aktiver werdenden kommunistischen und nationalistischen Parteigruppierungen

scheinen der Ruhe ein Ende zu setzen und Trotzki's Worte zu bestätigen. Antikommunismus bzw. Antikapitalismus bestimmten lange Zeit die offizielle Einstellung in beiden Teilen Deutschlands. Wenn sich das heute zumindest in weiten Teilen der studentischen Jugend geändert hat, so gibt es dafür verschiedene Gründe: In der Ära Kennedy kündigte sich ein neues Verhältnis zu den totalitären Staaten an, und „in der Nach-Kennedy-Jugend wuchsen die Zweifel an der Gesellschaft, an ihrer Moral... Nichts hat diese Generation so geprägt wie der Vietnamkrieg. Er ließ die Erinnerung an Ungarn und den 17. Juni verblassen. Er ließ die Gut-Böse-Grenze zwischen Ost und West verschwimmen. Er machte die Moral des eigenen Lagers fragwürdig und wurde schließlich zum Kriterium politisch-moralischer Entscheidung. Die Junge Linke entschied sich gegen das eigene Lager“ (K. Hermann, Die Revolte der Studenten, Christian Wegner-Verlag, Hamburg 1967, S. 95).

Vietnam steht dabei stellvertretend für die gesamte „Dritte Welt“, deren „Ringeln mit dem US-Imperialismus und seiner Ausbeutung“ man unterstützen will, wo immer es geht. Natürlich sind dies nicht Probleme, mit denen sich alle Studenten beschäftigen. Trotz verstärkter Tätigkeit einzelner Gruppen entziehen sich heute noch die meisten Studenten intensiver Teilnahme, beschränken sich vielmehr auf „stille Sympathien“. Die Mitgliederzahlen können ohnehin nicht als Gradmesser für Arbeit, Einfluß und Anhang der politischen Gruppen gelten. „Infektionen“ mit dem Ideengut des SDS lassen sich aber in großen Teilen anderer Gruppen nachweisen.

Das ideologische Instrumentarium

Der SDS — von 1946 bis zu seinem Bruch mit der SPD 1960 die studentische SPD-Gruppierung — ist heute bei vielen Aktionen der „außerparlamentarischen, antiautoritären Opposition“, die sich nach der großen Koalition bildete, federführend (vgl. „Die Zeit“, 23. 2./1. 3. 68). Früher hatte der SDS mehrfach wegen zu starker Linkstendenzen „Chinesen“ entfernen müssen, heute scheinen „Chinesen“ den Ton anzugeben. Diese haben es geschafft, daß für viele Bürger Student = SDS bedeutet, obwohl dies die simpelste Täuschung ist. Nur 2000 Mitglieder zählt der SDS insgesamt (in ca. 30 Gruppen), von denen wiederum nur einige der Öffentlichkeit bekannt sind. Weniger bekannt dürfte sein, daß der SDS bereits im Frühjahr 1967 die Mitglieder der „Kommune I“ in Berlin ausschloß und daß Rudi Dutschke, der so plötzlich aufgestiegene „Führer“, keineswegs unumstritten im SDS war. Der Mordanschlag vom Gründonnerstag hat diese Gegensätze natürlich unsichtbar gemacht. Was hier geschehen ist, scheint das schreckliche Ergebnis einer gesteigerten Verhetzung auf beiden Seiten zu sein, deren Ursachen schwer genau zu bestimmen sein werden und deren erste Folgen sich leider unmittelbar nach der Tat bereits zeigten. Dabei fällt es schwer, den Verdacht ganz zu verdrängen, daß der SDS über den berechtigten Protest gegen das Attentat hinaus nun Dutschke zur Durchführung einer seit langer Zeit geplanten Aktion mißbraucht. Hieß es doch bereits in dem im September 1967 beschlossenen Aktionsprogramm, der SDS werde „eine lange andauernde Kampagne zur Entlarvung und Zerschlagung des Springer-Konzerns führen“, in deren Rahmen „der SDS in den Zentren des Springer-Konzerns in West-Berlin und der BRD eine koordinierte Aktion der Durchbrechung

der Manipulation und zur demonstrativen Verhinderung der Auslieferung unternehmen“ werde.

Die geistigen Väter des „neuen“ SDS sind eine mehr als heterogene „Linke“, die für die Studenten wohl mehr die Wirkung eines Ferments als eines rational bewältigten theoretischen Unterbaues haben: Marx, Mao, Marcuse, aber auch Horkheimer, Adorno, Habermas und Bloch. Von jedem wurde etwas übernommen, und es entstand eine „Mischung“, die die „Urväter“ kaum selbst verstehen.

Der „Maoismus“ ist inzwischen nicht nur beim SDS zur Mode geworden. Mao-Plaketten und „Mao-Bibeln“ sind die Aushängeschilder eines vermeintlichen Fortschritts. In Überlingen ersetzten Schüler die Kruzifixe durch Mao-Bilder, in München verlasen VDS-Delegierte im März Mao-Sprüche, und in Bonn stellte sich zur gleichen Zeit der neue ASTA-Vorsitzende mit Mao-Zitaten vor. Der SDS propagiert Maos Guerrillakriegstaktik und wendet sie für den Hochschulbereich und die Provokation an, auch für ihn sind „US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus“ die größten Feinde der Menschheit, auch für ihn scheint Maos Spruch zuzutreffen: „Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.“

Übernommen hat der SDS anscheinend Maos Ziel des Kampfes gegen „jeglichen Egoismus“, gegen jedes „Establishment“, gegen Bürokraten und „Fachidioten“. Allerdings hat er bisher kaum Lehren aus dem Versagen einiger Aktionen in China gezogen. Mao mußte die „Fachidioten“ wieder zurückrufen, da sie unentbehrlich waren, er mußte bald erkennen, daß die „Dreier-Allianzen“ nicht geeignet waren, neue Machtpositionen zu verhindern, daß die Mitglieder der neuen Machtorgane schon bald ihr revolutionäres Bewußtsein verloren, sobald sie sich etabliert hatten.

Marcuse und Marx

Herbert Marcuse scheint dem SDS für die Umgestaltung der westdeutschen Gesellschaft und für seine Arbeit in der Bundesrepublik besonders wertvoll zu sein. Der deutsch-amerikanische Professor an der Universität von Kalifornien (Berkeley) gab ihm mit seiner „Repressiven Toleranz“ einen Leitfadens für seine gesamte Tätigkeit und machte ihm auch klar, daß die Menschen der „Dritten Welt“, für die man sich so sehr einsetzt, unbedingt notwendig sind für den Erfolg des gemeinsamen Kampfes aller „unterdrückten Minderheiten“ in den Industriestaaten. Marcuse sagt, er „glaube, daß es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen — nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen“ (R. P. Wolff, B. Moore, H. Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, S. 127).

An einer anderen Stelle weist er auf die schwierige Aufgabe der Minderheiten in unserer Gesellschaft hin: „Unter einem System verfassungsmäßig garantierter und (im allgemeinen und ohne zu viele und zu augenfällige Ausnahmen) ausgeübter bürgerlicher Rechte und Freiheiten werden Opposition und abweichende Ansichten geduldet,

sofern sie nicht zur Gewaltanwendung führen und sofern nicht zu einem gewaltsamen Umsturz aufgerufen und dieser organisiert wird. Zugrunde liegt die Annahme, daß die etablierte Gesellschaft frei sei und daß jede Verbesserung, selbst eine Änderung der gesellschaftlichen Struktur und Werte, im normalen Gang der Ereignisse zustande käme, vorbereitet, bestimmt und untersucht in freier und gleicher Diskussion auf dem offenen Forum der Ideen und Güter“ (a. a. O., S. 103 f.).

Wenn er dann folgert, daß damit aber niemals eine Änderung herbeigeführt werden könne, so mag das auf gewalttätige Veränderung zutreffen, es ist jedoch schwer einzusehen, warum z. B. eine Sammlung der „außerparlamentarischen“ Kräfte zur Verschiebung des parlamentarischen Kräftespiels mit Hilfe legaler Tätigkeit und Propaganda nicht zu erreichen sein soll. Es bleibt die wichtige Frage, was geschehen soll, wenn wirklich jede Minderheit glaubt, mit Gewalt ihre Ziele durchsetzen zu müssen.

Marcuse stützt seine Hoffnung auf die junge Generation und glaubt z. B., in der heutigen Situation könne „die Opposition der amerikanischen Jugend zu politischer Wirkung gelangen. Diese Opposition ist ideologiefrei oder von tiefem Mißtrauen gegenüber aller Ideologie (auch der sozialistischen) durchdrungen; sie ist sexuelle, moralische, intellektuelle und politische Rebellion in einem. In diesem Sinne ist sie total, gegen das System *als Ganzes* gerichtet . . . in ihnen erscheint vielleicht ein neues Bewußtsein, ein neuer Typus mit einem anderen Instinkt für die Wirklichkeit, fürs Leben und fürs Glück; sie haben die Sensibilität für eine Freiheit, die mit den in der verregten Gesellschaft praktizierten Freiheiten nichts zu tun hat und nichts zu tun haben will. Kurz: hier ist die ‚bestimmte Negation‘ des Bestehenden — aber ohne wirksame Organisation und an sich selbst unfähig, entscheidenden politischen Druck auszuüben“ (H. Marcuse in: „Kursbuch“, 9/1967, S. 6).

Marxistisches Gedankengut hat der SDS selektiv übernommen: „Sie glauben nicht mehr an Krisen, die notwendigerweise den Kapitalismus in Frage stellen und seine Basis unterhöhlen. Sie setzen auf Minderheiten, die die Gesellschaft handelnd verändern“ (K. Hermann, a. a. O., S. 56). Während Partei- und Regierungskreise der DDR zuerst das Gebaren der studentischen Linken begeistert feierten, beschäftigen sie sich neuerdings intensiv und ängstlich mit deren Theorien. Maoliteratur wird als „Rattengift“ bezeichnet und beschlagnahmt, Marcuse theoretisch „auseinandergenommen“. Plötzlich wendet man sich gegen „professionelle Marx-Töter in Westdeutschland“ und „die ‚Ideologie-Feindlichkeit‘ einiger Theoretiker der neuen Linken — jene Furcht vor allem, was mit Ideologie, Organisation, Macht, Staat, Partei zusammenhängt. Damit verknüpft ist eine zweite Beschränkung: Was sie tun, geschieht mit einem kritischen, distanzierenden Blick auf die DDR und unseren Sozialismus . . . Krawall kann schnell zum Programm werden, das schadet“ („Sonntag“ — Kulturpolitische Wochenzeitung, Berlin-Ost, 28. 1. 68).

Die Rolle des SDS

Es wäre vereinfachend und falsch, die SDS-Mitglieder als Kommunisten zu bezeichnen. Dafür gibt es in dieser Gruppe viel zuviel Strömungen. Auffallend ist allerdings, daß viele Mitglieder DDR-Flüchtlinge sind, für die anscheinend der Westen nicht die erhoffte Alternative bot, bei denen aber die ideologische Unterweisung der DDR

ihre Spuren hinterlassen hat. Rudi Dutschke war z. B. Mitglied der FDJ und der evangelischen „Jungen Gemeinde“, ehe er 1961 nach West-Berlin kam, wo er zur Zeit in Soziologie promoviert. Als die Kerntruppe der außerparlamentarischen Opposition („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 30. 3. 68) oder der „Vietkong an den Hochschulen“ („Civis“, März 1968) werden die Aktionen des SDS seit Juni 1967 nicht nur vom Verfassungsschutz, sondern auch von der Presse genauestens verfolgt. Das Ziel der Verbreitung marxistischen Gedankengutes an den Hochschulen haben sie bereits teilweise erreicht, für die „antiautoritären und außerparlamentarischen“ Bemühungen fanden sie darüber hinaus vielfache Unterstützung. Es haben sich Mitläufer nicht nur in einzelnen Studenten gefunden. Auch mehrere politische Studentenverbände liegen inzwischen im Schlepptau des SDS. Aus Resignation über den „Misthaufen“ des Parlamentarismus und des Liberalismus wollen sie nun die bestehende Gesellschaft „überwinden“ und die große Hochschulreform verschieben auf die Zeit nach der Reform der Gesellschaft. „Bewußtwerdung“ ist das magische Wort mit dem man die Bevölkerung zu gewinnen gedenkt. Bisher jedoch war der Erfolg in dieser Richtung gering, da die Nicht-Studenten größtenteils ablehnend reagierten.

In Berlin, Frankfurt und Hamburg ist der SDS am aktivsten. Nicht nur mit Hilfe seiner Verlagsgründung „Neue Kritik“ und den ihm nahestehenden Verlagen „Oberbaum-Presse“ in Berlin und „Trikont-Verlag“ in München besorgt er seine Öffentlichkeitsarbeit, auch „Konkret“ hilft mit: „Tausende von Studenten haben ihre Ideen und den Jargon übernommen, viele von ihnen mittels eines ständig wachsenden Magazins — ‚Konkret‘ genannt —, das inzwischen eine Auflage von 150 000 Exemplaren hat und dessen Rezept ausschließlich aus Sozialismus und Sex besteht“ („New Statesman“, 29. 3. 68). Darüber hinaus publizieren SDS-Mitglieder ihre teilweise sehr gut fundierten und belegten Abhandlungen besonders über Revolution und Konterrevolution in der „Dritten Welt“ in verschiedenen Verlagen. An den meisten Universitäten existieren mehrere Projekt-Gruppen, die sich mit bestimmten Fragen-Komplexen, wie „Faschismus“, Notstandsgesetze, Vietnam oder Pressekonzentration, beschäftigen.

Dennoch haben die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz im September 1967 und die außerordentliche Konferenz Ende März 1968 deutlich gemacht, daß auch der SDS keinen einheitlichen Block darstellt, sondern durch verschiedene Richtungen einer harten Zerreißprobe ausgesetzt wird. Das ging schließlich so weit, daß von einzelnen sogar der Ausschluß Rudi Dutschkes gefordert wurde, den man wegen des Personenkults und eines der Zeitschrift „Capital“ gewährten Interviews heftig angriff. Darin hatte Dutschke u. a. gesagt, er „habe ein sehr einfaches Verhältnis zum Geld. Wenn es kommt, und ich kann es politisch akzeptieren, d. h., wenn es kein Geld aus der DDR, aus der Sowjetunion oder aus anderen kommunistischen Quellen ist, dann nehme ich es selbstverständlich an, da wir jeden Pfennig gut gebrauchen können“ („Capital“, April 1968). Er deutete jedoch an, daß SDS-Gruppen besonders in Nordrhein-Westfalen in dieser Beziehung anders dächten.

Der Hauptteil der Auseinandersetzungen betrifft das Verhalten des SDS bei den kommenden Bundestagswahlen, wobei sich die „Antiautoritären“ und die „Traditionalisten“ gegenüberstehen. Die eine Gruppe will

„ihre Lehre nicht durch Integration mit den etablierten Mächten gefährdet wissen“, die andere will „das organisatorische Potential des SDS durch Zusammenarbeit mit Kräften der Arbeiterschaft, Institutionen in den Gewerkschaften und geistesverwandten außerparlamentarischen oppositionellen Gruppen stärken“ (vgl. Rolf Seeliger, Die außerparlamentarische Opposition, München 1968, S. 168).

Die anderen linkspolitischen Gruppen

In der Öffentlichkeit entsteht oft der Eindruck, als existiere als politisch engagierte Gruppe nur der SDS, obwohl eine Reihe von politischen Gruppen verschiedener Färbung vorhanden ist. Bereits 1964 haben sich die sogenannten linken Studentenverbände, Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB), Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS), Humanistische Studentenunion (HSU) und Bundesverband Deutsch-Israelischer Studiengruppen im Höchster Verband zusammengeschlossen. Ging es damals lediglich um gemeinsames Vorgehen in Hochschulfragen, so haben die Erfahrungen der letzten Zeit und besonders die Delegiertenkonferenzen der einzelnen Gruppen zu Ende des Wintersemesters gezeigt, daß man fast bedingungslos eigene Prinzipien fallenläßt und sich wie in einer „Volksfront“ dem SDS in Zielen und Methoden unterordnet, da man angeblich zur Einsicht gekommen ist, „nur noch massiver Druck von außen könne das Parlament wachrütteln“.

Der SHB als Nachfolger des SDS im Range einer SPD-Organisation für Studenten steht mittlerweile ebenfalls links von der Partei und droht mit seinen 1500 Mitgliedern in 52 Gruppen den Weg des SDS zu gehen, mit dem er bereits viele Aktionen gemeinsam durchführte. Die große Koalition und das Verhalten der SPD-Führung in Berlin trugen mit zu dem Unbehagen der Studenten bei. Ebenfalls nach links abgerutscht ist inzwischen der „Liberaler Studentenbund Deutschlands“ (LSD), die ursprünglich als FDP-nahestehend gegründete Organisation. „Das permanente Geplänkel, das sich die FDP- und SPD-Gruppierungen im Kampf um die Mehrheit liefern, hat eine Unterwerfung unter Parteidoktrinen weitgehend verhindert, hat aber auch die Verbandsfunktionäre zu einem schwierigen Balanceakt zwischen Parteiloyalität, innerparteilicher und außerparteilicher Opposition gezwungen“ (R. Seeliger, a. a. O., S. 173). Noch 1967 hatte sich die LSD-Führung von einigen Gruppen innerhalb des SDS distanziert, die „einen Kurs verfolgen, mit dem der LSD nichts gemein hat. Wir denken da insbesondere an die intolerante und dogmatische Haltung dieser Gruppen, wie sie sich in den Thesen von Rudi Dutschke niederschlagen... Schließlich erscheint uns die Haltung des SDS zur Frage Gewaltanwendung, Provokationen usw. bei den verschiedenen Aktionen etwas dubios.“ Im März 1968 sprachen aber die Delegierten der bisherigen LSD-Führung das Mißtrauen aus, distanzierten sich von der FDP, wählten ein SPD-Mitglied zum Vorsitzenden, bekannten sich zur außerparlamentarischen Opposition und boten dem SDS ihre Mitarbeit an.

Nicht nur der LSD trennte sich von seinen liberalen Prinzipien, auch die „Humanistische Studentenunion“ schwenkt immer mehr auf SDS-Kurs ein: „Wird an pluralistischen Konzeptionen festgehalten, verstärken sie das bestehende Herrschaftsgefälle, anstatt der Repression dienende Mechanismen abzubauen. Begreift man Huma-

nismus als Durchsetzung gesellschaftlicher Freiheit, dann ist damit ‚Pluralismus‘ unvereinbar“, heißt es in dem im Dezember 1967 beschlossenen Gesamtprogramm der HSU, die in 28 Gruppen rund 900 Studenten vereint und seit ihrer Gründung 1964 eng mit der Humanistischen Union zusammenarbeitet.

An einzelnen Orten haben sich „Studentengewerkschaften“ (SG) gebildet. Speziell für die Probleme der Arbeiterschaft verantwortlich fühlt sich der gewerkschaftliche Arbeitskreis „Hans-Böckler-Kreis“ (HBK). Als Kontakt- und Sammelstelle besonders für Nicht-Studenten erweisen sich die neugegründeten Republikanischen Clubs, die, von Berlin ausgehend, mittlerweile vielerorts entstanden sind. Künstler, Journalisten, Politiker taten sich zusammen, um u. a. der studentischen Revolte Schützenhilfe zu leisten. Allerdings sind wohl nicht alle so pessimistisch wie Hans Magnus Enzensberger, Herausgeber des für die Aktionen nicht unwesentlichen „Kursbuches“, der der Meinung ist: „Tatsächlich sind wir heute nicht dem Kommunismus konfrontiert, sondern der Revolution. Das politische System in der Bundesrepublik läßt sich nicht mehr reparieren. Wir können ihm zustimmen, oder wir müssen es durch ein neues System ersetzen.“

Verwandte Extreme von links und rechts

Da dies die Einstellung eines Großteils der politischen Studentengruppen zu sein scheint, muß man sich fragen, welche Alternativen überhaupt angeboten werden. Der „Ring Christlich-demokratischer Studenten“ (RCDS) distanzierte sich in vielen Punkten von der CDU/CSU-Linie und könnte gerade dadurch einen eigenen Weg aufzeigen und Anhängerschaft gewinnen. Noch fehlt ihm eine klare Konzeption hierfür, da er von der Aktion und dem Zulauf der Linken überrascht wurde. Inzwischen haben sich auf der Rechten andere Alternativen in Form des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) und des „Republikanischen Studentenbundes Deutschlands“ (RSD) — 1966 bzw. 1967 gegründet und der NPD nahestehend — gebildet, ohne bisher allerdings großen Zulauf gefunden zu haben. Durch diese Links- und Rechtsgruppen, von denen jede die Gegenseite zur Legitimation eigener Handlungen heranzieht, wurde die „Mitte“ wach und konnte in verschiedenen Universitäten bei den Studentenparlamentswahlen beachtliche Erfolge erringen. Doch bildet sie keine Gruppe mit einem festen Programm und ist auf Koalitionen und Absprachen angewiesen. Sie rekrutiert sich hauptsächlich aus Korporationen. Ihr fehlt, da sie sich nicht zu radikalen Ausschreitungen hinreißen läßt, zudem die Publikumswirkung. Auch die letzte Tagung des „Verbandes Deutscher Studentenschaften“ (VDS) bestätigte das übliche Bild, da von den ASTA-Vertretern der verschiedenen Hochschulen kaum Gegenstimmen zu den Beschlüssen gehört wurden.

Die „Kritische Universität“ (KU) — bisher in Berlin und Hamburg verwirklicht — ist nach den Worten von Dutschke „die Rückbesinnung auf den ursprünglichen Inhalt von Wissenschaft als Prozeß der Selbstbefreiung des Menschen durch Aufklärung. Die gesellschaftliche Situation und ihre Möglichkeiten sollen analysiert werden, immer unter dem Aspekt der Veränderbarkeit in Richtung auf die Vermenschlichung der Gesellschaft.“ Damit unterscheide sie sich von den bestehenden Universitäten, die er als „eine fachidiotische Registrier-

maschinerie“ bezeichnet. „Der kalte, richtungslose Sinn wird gepflegt. Fakten werden registriert, schön auf Karteikarten und vielleicht auch in Computersystemen, um sie dann irgendwelchen Mächten zur Verfügung zu stellen, Mächten, die gerade herrschen“ („Der Stern“, 26. 11. 67). Darüber und über die von einem Autorenkollektiv in einem „Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule — Wider die Untertanenfabrik“ (Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1967) aufgestellten Thesen und Forderungen ließe sich sicher nutzbringend diskutieren, da dieses Anliegen keineswegs nur bei linksorientierten Studenten anzutreffen ist („Wußten, wissen wir oder haben wir überlegt, wie das in uns aus unserer kleinen Welt Erarbeitete in der relativ ungreifbaren großen Welt des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu verwirklichen wäre?“ fragt z. B. F. G. Friedmann, a. a. O.). Man scheint jedoch bisher nur kritisch gegenüber einer Seite zu sein, was sich in Programmen der KU, bei der manchmal verwirklichten Vorlesungskritik, aber auch bei vielen Veranstaltungen zeigt, so u. a. bei der Aufführung des „Vietnam-Diskurses“ von P. Weiß in Frankfurt: „Als da ein Marinearzt Tom Dooley angekündigt und als ‚Mitglied der katholischen Rettungsaktion‘ vorgestellt wurde, der ein Buch ‚Erlöse uns von dem Übel‘ geschrieben habe, da lachten sie wieder über den Schwarzen, und dann kam heraus, daß gerade er von der schrecklichen Not in Vietnams Dörfern sprach, und die Lacher hätten sich schämen müssen“ („Süddeutsche Zeitung“, 22. 3. 68).

Immer häufiger taucht in der letzten Zeit der Vorwurf eines Faschismus auf, wozu Prof. Flechthelm bei einer Diskussion in der Evangelischen Akademie Bad Boll u. a. sagte: „Die Chinesen haben die russischen Kommunisten als Faschisten bezeichnet, die russischen Kommunisten die chinesischen. Die Sowjet-Kommunisten haben die jugoslawischen Faschisten genannt. Die rechtsstehenden Kreise bezeichnen Rudi Dutschke und den SDS als faschistisch. Rudi Dutschke wird, ich glaube mit mehr Recht, aber vielleicht auch mit einem Fragezeichen dahinter, die NPD als faschistisch bezeichnen“ (zit. nach „Der Spiegel“, 10/68). Auf dem „Kongreß Hochschule und Demokratie“ in Hannover im Juni 1967 hatte J. Habermas bereits gewarnt: „Ich bin der Meinung, er (Rudi Dutschke) hat eine voluntaristische Ideologie hier entwickelt, die man im Jahre 1848 utopischen Sozialismus genannt hat und unter heutigen Umständen — jedenfalls glaube ich Gründe zu haben, diese Terminologie vorzuschlagen — linken Faschismus nennen muß.“ Der „Rheinische Merkur“ (23. 2. 68) untersuchte die „faschistoiden“ Denkmodelle“ und weist u. a. auf Parallelen in der Sprachregelung der Propaganda hin: So ist der nationalsozialistische Appell an „das gesunde Volksempfinden“ mit dem Ruf nach der „Bewußtwerdung“ in den Reihen der Bevölkerung, die ständige „Systemkritik“ früherer Zeiten mit dem Kampf gegen das „Establishment“ vergleichbar. All dies mag man mit Angst vor der Zukunft begründen können, gefährlich wird es, wenn mit Hilfe dieser Angst die Massen mobilisiert werden sollen: „Ganz deutlich wird hinter dem wohldurchdachten Plan einer sich steigernden Aktion unserer neuen Linken das gleiche Gefühl, es mit einem unterlegenen Gegner zu tun zu haben, erkennbar, wie es Hitler in unzähligen Reden den Massen suggeriert hat.“

Auf die Auswirkungen der Studentenproteste auf die Schulen aus „Konkret“ (Februar 1968) unter der Überschrift „Sex und Politik“ hin: „An Deutschlands Schulen

ist der Teufel los. Die Oberschüler, einst verhätschelte Muttersöhnchen der Nation, blasen zum Aufruhr.“ Gemeint war jene vom SDS initiierte Schülergruppierung „Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler“ (AUSS), die mit ihrem Frankfurter Kongreß vom 18. Juni 1967 unter dem Motto „Es gibt Schüler, die machen jetzt nicht mehr mit“ zum ersten Male an die Öffentlichkeit trat. Mit „Demokratisierung“ glaubt man alle Probleme lösen und viele Anhänger finden zu können. Bisher steht noch beides aus, doch sollte man nicht übersehen, daß sich hier leicht Ähnliches wie an den Hochschulen entwickeln kann und daß hier bereits die studentischen Rebellen von morgen heranwachsen. Auf notwendige Reformen wies jene Abiturientin hin, die für ihre Abschlußrede „Erziehung zum Ungehorsam als Aufgabe einer demokratischen Schule“ im Januar 1968 sogar die Theodor-Heuss-Medaille erhielt: „Es gab zu wenig Demokraten, die bereit waren, zwar kritisch und ungehorsam zu sein, dabei aber den Staat als ihren Staat anerkennen.“ Und die „Katholische Studierende Jugend“ (Bund Neudeutschland / Heliand-Bund), der größte Schülerbund Deutschlands, entwarf als Diskussionsgrundlage eine Liste mit Forderungen zur „Demokratie in der Schule“. Zwar mußte er sich gefallen lassen, daß an einzelnen Punkten Kritik geübt wurde und die „Deutsche Tagespost“ (20. 2. 68) unter „Revolution am Gängelband“ von „einer neuen Affäre“ berichten zu können glaubte, doch scheint diese bisher einzige wirkliche Alternative durchaus ausbaufähig und weiter propagierbar, wozu Erfolge u. a. in Köln Auftrieb geben. Einstweilen dürften sich die Unruhen an den Schulen verstärken, zumal einzelne Elternkreise, der Ende März in Frankfurt gegründete „Sozialistische Lehrerbund“ (SLB) („Was tut die Lehrerschaft, der verbeamtete Hofhund, der Wächter über die Ausbildung systemtreuer Kohorten Jugendlicher?“) sowie die „Revolutionäre Sozialistische Jugend“, deren Gründung für den 5. Mai geplant ist, sie unterstützen wollen.

Auswirkungen auf die Studentengemeinden

Mittlerweile sind auch die evangelischen und katholischen Studentengemeinden nicht „verschont“ geblieben. Katholische Korporationen, die sich allzu lange abgekapselt und mehr mit internen als externen oder gar internationalen Problemen befaßt haben, sehen sich plötzlich in der Studentengemeinde ähnlichen „Radikalen“ gegenüber wie in den Universitäten. „Marxisten“ haben in den Gemeinden häufig Initiativen gefördert, die der SDS und

Zur neuen Verfassung der DDR

Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung war in der DDR schon seit langem überfällig. Die bis jetzt gültige Verfassung wurde bei der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzt. Weitgehend angelehnt an die Weimarer Verfassung, trug sie dennoch den Bedingungen und Erfordernissen der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ Rechnung, und sie sollte ursprünglich in gewissem Sinne auch eine Plattform zur Wiedervereinigung Deutschlands darstellen. Sie hatte in ihrer Grundkonzeption noch demokratischen Charakter. Sie spielte in der mitteldeutschen Praxis in den letzten 19

die HSU offen unterstützen. Zwei katholische und ein evangelischer Studentenpfarrer haben bisher wegen dieser Entwicklung mehr oder weniger freiwillig ihren Posten aufgegeben. Die Frage nach einem politischen Engagement der Studentengemeinden — 1966 noch diskutiert, vgl. „Initiative“, Juli 1966 — scheint beantwortet zu sein: die ESG äußerte sich zu den Notstandsgesetzen, ESG und KSG verbreiteten gemeinsam „50 Thesen zum Vietnam-Krieg“. Darüber hinaus aber bestimmten immer mehr Thesen zu einer „Theologie der Revolution“ und zur „politischen Theologie“ einzelne Gemeinden. So erarbeitete die „Hochschulkommission der ESG“ 18 Punkte über die „Politische Verantwortung der christlichen Gemeinde“, während das KSG-Team Bochum diese „Verantwortung“ in einem Aufruf zur „Umgestaltung einer nächtlichen Anbetungsstunde“ folgendermaßen demonstrierte: „Informieren Sie sich über die politische Justiz in der BRD. Das Team der KSG montiert zum Thema ‚Geschichte einer Verfolgung im Westen‘ im Rahmen der nächtlichen Anbetung Texte. Wir beten nicht in dieser Nacht — wir informieren.“

Evangelische bzw. katholische Theologiestudenten stehen nicht nur an der Spitze des LSD bzw. der HSU, sie sind auch in anderen politischen Gruppierungen führend. Nach einer Erhebung der „Frankfurter Rundschau“ (6. 2. 68) an der ev.-theol. Abteilung der Ruhr-Universität sehen 54% der Theologiestudenten im SDS und SHB und nur 4% im RCDS ihre Vorstellung vom politischen Engagement verwirklicht. Kanzelstürmung und „Diskussionsgottesdienste“ traten bisher hauptsächlich in evangelischen Kirchen auf. Aber die Gärung nimmt auch im katholischen Bereich zu. Ein „Initiativausschuß der Katholischen Studentengemeinde West-Berlins“ trat mit programmatischen Aufsätzen („Studentengemeinde in der Reform“) hervor, und an einzelnen Orten macht ein „Studentischer Arbeitskreis Kritischer Katholizismus“ (STAKK) von sich reden. Am erfolgreichsten arbeitet bisher in dieser Richtung der aus dem Quickborn hervorgegangene „Rothenfelder Kreis“, der „auf der Grundlage einer kritischen gesellschaftsbezogenen Theologie und anderer Wissenschaften wirksam“ werden will. Er stützt bzw. beruft sich auf die Professoren Metz und Schlette und propagiert neuerdings „seinen“ Che Guevara, den „katholischen Sozialrevolutionär aus der Dritten Welt Camilo Torres“. Dieser Kreis ist dabei, an verschiedenen Universitäten „anonym“ die KSG-Arbeit in die Hand zu nehmen. Der Katholikentag mit dem Motto „Mitten in der Welt“ wurde von katholischen Studenten bereits offiziell zum Diskussions- und Protest-Treffpunkt erkoren.

Jahren aber nur eine untergeordnete Rolle, da sie durch zahlreiche Parteibeschlüsse, Einzelgesetze, Staatsratserslasse, Grundsatzentscheidungen des Obersten Gerichts und Verordnungen des Ministerrats in ihrer Bedeutung fortwährend ausgehöhlt wurde. Die Bestimmungen über die Freiheitsrechte, die nach Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl als Schutz der Bürger vor der Staatsgewalt konzidiert waren, über das parlamentarische System und über das Verhältniswahlrecht wurden niemals effektiv.

Im übrigen gab es nie einen Verfassungsgerichtshof, der